



Xinjiang
Uiguren

Xinjiang ist eine ethnisch äußerst vielfältige Region in China. Mehr als die Hälfte der dort lebenden 22 Millionen Menschen gehören zu überwiegend turksprachigen und meist muslimischen ethnischen Gruppierungen, darunter Uigur*innen (etwa 11,3 Millionen), Kasach*innen (etwa 1,6 Millionen) und andere Bevölkerungsgruppen, deren Sprachen, Kultur und Lebensweise stark von den Han-Chines*innen abweichen, die in China in der Mehrheit sind.

Seit 2017 begehrt die chinesische Regierung unter dem Deckmantel einer Kampagne gegen "Terrorismus" und "religiösen Extremismus" weitreichende und systematische Menschenrechtsverletzungen gegen die in Xinjiang lebenden Menschen muslimischen Glaubens. Schätzungen zufolge werden seit 2017 über eine Million Menschen willkürlich in Internierungslagern in ganz Xinjiang festgehalten.

Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte hat den lange überfälligen Bericht über Menschenrechtsverletzungen in der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang in China veröffentlicht. Darin erheben die Vereinten Nationen schwere Vorwürfe gegen China und sprechen von möglichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Er spiegelt die Untersuchungen von Amnesty International und anderen glaubwürdigen Organisationen wider, die ein umfangreiches Muster von Folter und anderen Misshandlungen sowie sexualisierter Gewalt in Xinjiang dokumentiert haben. Entscheidend ist die Feststellung im UN-Bericht, dass das 'Ausmaß der willkürlichen und diskriminierenden Inhaftierung von Uigur*innen und Angehöriger anderer überwiegend muslimischer Gruppen ... Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen könnte'."

China ist bisher den Aufforderungen der internationalen Gemeinschaft und auch Amnesty Internationals nicht nachgekommen, unabhängige Expert*innen uneingeschränkt nach Xinjiang einreisen zu lassen. Stattdessen versucht die Regierung, kritische Stimmen zu unterdrücken, indem sie nur sorgfältig ausgewählte Delegationen aus verschiedenen Ländern zu streng durchgeplanten und überwachten Besuchen nach Xinjiang einlädt.



Die chinesische Regierung hat große Anstrengungen unternommen, um die Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang zu vertuschen und Mitglieder der uigurischen Diaspora daran zu hindern, darüber zu sprechen. Amnesty International hat zahlreiche Fälle dokumentiert, bei denen Uigur*innen, Kasach*innen und andere turksprachige Muslim*innen in Lager geschickt wurden, weil sie im Ausland gelebt oder studiert hatten, weil sie gereist waren oder mit Personen im Ausland kommuniziert hatten. Viele von ihnen wurden nur deshalb inhaftiert, weil sie "Verbindungen" zu Menschen hatten, die im Ausland gelebt oder studiert hatten, gereist waren oder mit Personen im Ausland kommuniziert hatten.



Das staatliche Unterdrückungssystem in Xinjiang zielt darauf, uigurische Autonomiebestrebungen und jegliche uigurische Identität im Kern zu ersticken. Die Regierung in Peking fördert den Zuzug von Han-Chines*innen in die Region, weil von ihnen weniger Kritik an Staat und Kommunistischer Partei erwartet wird. In der im Nordwesten Chinas gelegenen Region befinden sich große Anteile der chinesischen Öl- und Gasreserven. Zudem ist Xinjiang ein wichtiger Korridor für Infrastrukturprojekte im Rahmen der "Seidenstraßeninitiative", die Chinas Bedeutung im Welthandel sichern soll. Der Konflikt um die Region reicht zurück bis zur Gründung Xinjiangs als "autonomer Region" im Jahr 1955.

Das brutale Vorgehen der chinesischen Regierung gegen Uigur*innen, Kasach*innen und andere vornehmlich muslimische ethnische Minderheiten in Xinjiang unter dem Deckmantel der "Terrorismus- bekämpfung" wird seit 2017 umfassend dokumentiert. [Amnesty International veröffentlichte 2021 einen Bericht](#), in dem aufgezeigt wird, dass die chinesischen Behörden systematisch Uigur*innen, Kasach*innen und andere vornehmlich muslimische ethnische Minderheiten in Xinjiang verhaften, foltern und anderweitig misshandeln. Es handelt sich hierbei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

